

2020/3/1: Die Lage in Afghanistan

DIE LAGE IN AFGHANISTAN

Update Anfang September 2021

Die Ereignisse rund um Afghanistan im Berichtszeitraum zwischen Mai 2020 und Anfang September 2021 überschlagen sich. Hier wichtigsten Eckpunkte:

Mitte Mai 2020 erschüttert eine Serie von Anschlägen Afghanistan. Die UNO-Mission in Afghanistan fordert wiederholt zu einer V und Reduzierung von Gewalt auf. Die UNO zeigt sich besorgt über die zunehmende Zahl ziviler Opfer des Konflikts. Der von der nun auch von der US-Administration von Präsident Joe Biden angesetzte Abzug der USA aus Afghanistan führt zu markanten Szenen der afghanischen Sicherheitskräfte der Zentralregierung in Kabul. Den Taliban gelingt die Rückeroberung großer Teile des Landes die USA unter Präsident Joe Biden eher halbherzig versuchen, die bisher mit den Amerikanern verbündete afghanische Zentralregierung beschwichtigen.

Mitte Juli 2021 beendet die NATO nach Angaben von westlichen Diplomaten und Militärs ihren Militäreinsatz in Afghanistan. Die Militärmission am Hindukusch nach knapp zwei Jahrzehnten zu Ende.

Der bisher blutigste Militäreinsatz des Bündnisses ist damit de facto Geschichte. Allein die amerikanischen Streitkräfte verloren an Hindukusch mehr als 2.300 Soldaten. Der NATO-Einsatz auf dem Hindukusch hatte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 Wunsch der USA begonnen, um dem von Afghanistan ausgehenden Terrorismus ein Ende zu bereiten.

Die USA schließen bis Ende August 2021 den längsten Kriegseinsatz ihrer Geschichte ab. Der Abzug ist an keine weiteren Bedingungen geknüpft. Seither erobern die Taliban weite Teile des Landes von den afghanischen Regierungskräften zurück. Am 15. August 2021 nehmen die Taliban kampfflos auch die Hauptstadt Kabul ein. Der Flughafen von Kabul wird von US-Spezialkräften geschützt, um Botschaftspersonal und vor allem afghanische Dorfschützer, die mit dem Westen gegen die Taliban kollaboriert haben, auszufliegen (gelingt schließlich nur begrenzt.) Der bisherige afghanische Präsident Ghani setzt sich zuvor ins Ausland ab. Es kommt zu chaotischen Szenen am Flughafen, da große Teile der afghanischen Bevölkerung aus Furcht vor den Taliban das Gelände stürmen, um mit ihren Großraumflugzeugen außer Landes gebracht werden zu können.

Die Taliban geben sich nunmehr nach außen hin fast schon „liberal“ und fordern die Bevölkerung auf, zu Hause zu bleiben. Es gibt keine Gefahr von ihnen aus.

US-Präsident Joe Biden bezeichnet das Chaos in Afghanistan als „unvermeidlich“. Es hagelt daraufhin herbe Kritik am US-Abzugsmanagement – insbesondere von den europäischen Partnern.

Nach einem verheerenden Selbstmordanschlag am Eingangstor zum Flughafen von Kabul am 26. August 2021, wo tausende afghanische Bürgerinnen und Bürger hoffen, mit US-Militärtransportmaschinen außer Landes gebracht zu werden, um vor dem Terror der Taliban zu fliehen, kommen 170 Menschen ums Leben – darunter mehrere US-Soldaten.

Für die USA entwickelt sich der Abzug zum Fiasko. US-Präsident Joe Biden wendet sich danach an die Öffentlichkeit und kündigt Vergeltung für den Anschlag an. „Wir werden nicht vergeben. Wir werden nicht vergessen“, so Biden im Weißen Haus. „Wir werden jagen und euch büßen lassen.“

Bei gezielten Drohnenangriffen werden offenbar hohe Vertreter der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS), die mit den gemäßigten Taliban konkurrieren, getroffen. Feindliche Raketen auf den Flughafen von Kabul werden durch das US-Raketenabwehrsystem unschädlich gemacht. Die mobile Raketenabschussvorrichtung in einem Jeep des IS wird nahe Kabul aufgespürt und ebenfalls per gezieltem Drohnenangriff zerstört.

Die letzte US-Militärmaschine verlässt am 31. August 2021 kurz vor Mitternacht das Land. Damit endet der Afghanistan-Krieg der nach dem 11. September 2001 begann.

Angesichts der Tatsache, dass die Taliban kampfflos offenbar eine beträchtliche Menge an modernsten US-Waffensystemen und Fahrzeugen samt Black-Hawk-Mehrzweckhelikopter in Besitz nehmen haben können, wird das ganze politisch-militärisch-moralische Debakel des Westens am Hindukusch mehr als sichtbar. Für manche westliche Experten widerspiegelt der überhastete Abzug der USA aus Afghanistan jenes politisch-strategische Desaster, das mit einem besonderen „Imageschaden“ der Weltmacht Amerika im internationalen Kontext einhergeht. Auch wenn Bidens Amtsvorgänger Donald Trump einen geordneten Rückzug vom Hindukusch vorbereitet und diplomatischen Verhandlungen mit den Taliban angestoßen hat, so dürfte die jetzige Biden-Administration vorrangig für das nun angerichtete Fiasko die volle Verantwortung tragen, so Kritiker.

Russland und China dürften im Nachgang der Ereignisse die Profiteure dieser Entwicklung am Hindukusch sein.

Bei einem mutmaßlichen Taliban-Angriff auf Kontrollposten in der nördlichen Provinz Takhar wurden am 19. Mai 2020 mindestens 10 regierungstreue Milizionäre getötet. In der Nachbarprovinz Kunduz wehrten afghanische Sicherheitskräfte am Tag zuvor eine kommunistische Militäroperation der Taliban auf zahlreiche Stellungen der afghanischen Armee rund um die Provinzhauptstadt ab. Nach Angaben der Innenministerien wurden dabei Dutzende Angreifer getötet. Zudem töteten am Abend des 19. Mai 2020 Extremisten mindestens elf Gläubige bei zwei Angriffen in Moscheen. In der Provinz Paktia überraschten Angreifer Gläubige beim täglichen Fastenbrechen und erschossen mindestens acht Menschen. Das afghanische Innenministerium machte auch dafür die Taliban verantwortlich. Diese betonten aber, dass sie damit nichts zu tun gehabt hätten. In der Provinz Khost wurden bei einem ähnlichen Angriff drei Menschen getötet.

Die afghanische Regierung schloss nach eigenen Angaben den vereinbarten Gefangenenaustausch mit den radikalislamischen Taliban im September 2020 ab. „Bis auf ein paar wenige“ seien die 400 Kämpfer, deren Freilassung die Taliban verlangt hatten, allesamt freigelassen worden. Die Regierung in Kabul erwartete nun, dass direkte Friedensgespräche mit den Aufständischen „unverzüglich“ starten könnten. Einige islamistische Kämpfer seien aufgrund von Vorbehalten von „Partnern“ Afghanistans nicht freigelassen worden. Zuvor hatten die Regierungen Frankreichs und Australiens gegen die Freilassung mehrerer als besonders gefährlich eingestufte Taliban-Kämpfer protestiert.

Taliban-Offensive in der südlichen Provinz Helmand

Trotz der laufenden Friedensgespräche der Regierung in Kabul mit den Aufständischen eröffneten die Taliban in der südafghanischen Provinz Helmand im Oktober 2020 eine groß angelegte Militäroffensive. Mit amerikanischer Luftunterstützung konnten die afghanischen Sicherheitskräfte die Taliban in blutigen Kämpfen in Schach halten.

„Die Taliban müssen ihre offensiven Aktionen in der Provinz Helmand sofort einstellen und ihre Gewalt im ganzen Land verringern“, sagte der Kommandant der US- und NATO-Truppen in Afghanistan, General Austin Scott Miller, laut einer Mitteilung.

Trump kündigt weitere Truppenreduktionen in Afghanistan und im Irak an

Der noch amtierende US-Präsident Donald Trump ordnete am 17. November 2020 den Abzug weiterer US-Truppen aus Afghanistan und dem Irak an. Bis zum 15. Jänner werde die Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf jeweils rund 2.500 reduziert, hieß es. Trump hatte dies wegen heftigen Protests aus der Militärführung – bis hinauf zum Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs, General Mark Milley – zur Ausführung verzichtet.

Die Trump-Administration hatte sich in einer Vereinbarung mit den Taliban im Februar 2020 verpflichtet, die internationalen Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Dies hätte sinnvoll sein können, wenn die afghanischen Kriegsparteien – die Regierung auf der einen Seite und die Taliban auf der anderen – in ihren Friedensverhandlungen in Doha/Katar vorangekommen wären. Doch mittlerweile kamen die Gespräche zum Stocken. Zudem hatten die Taliban ihre Aktivitäten intensiviert und wieder neue Gebiete im Lande erobert.

Für die neue US-Regierung unter Präsident Joe Biden zeichnete sich die Wahl zwischen „Pest und Cholera“ ab: Entweder hätte sie ein Abkommen mit den Taliban widerrufen und auf unabsehbare Zeit in einem unpopulären Krieg verstrickt bleiben müssen. Oder aber ihre Einheiten im Rahmen der Übereinkunft abziehen müssen – um dann zuzusehen, wie der Friedensplan letztlich zur Makulatur würde. Es wäre eine Wiederholung dessen, was bei dem Versuch Amerikas passierte, sich aus dem Vietnamkrieg zurückzuziehen: Die südvietnamesische Verbündete, die man unter großen Mühen am Leben erhalten hatte, kapitulierten schließlich kurze Zeit später. Die US-Regierung unter Präsident Biden und sein Außenminister Antony Blinken vorerst verhindern zu wollen. Sie hatten deshalb eine eigene Friedensinitiative auf den Weg gebracht, damit die Zentralregierung in Kabul und die Taliban rasch Fortschritte erzielen und sich a Rahmenbedingungen für eine Regierung der nationalen Einheit einigen würden. Dafür erhöhte Washington den Druck auf Kabul und Blinken drohte in einem Brief an den Präsidenten Ashraf Ghani unverhohlen damit, dass ein Abzug der internationalen Truppen nicht ausgeschlossen sei, falls keine Bewegung in den Verhandlungen mit den Taliban feststellbar sei.[1]

Die offizielle Zahl der amerikanischen Soldaten am Hindukusch von 2.500 Mann schloss im Berichtszeitraum nur die regulären Truppen ein, nicht aber Spezialeinheiten, die zum Teil auch unter dem Kommando des Auslandgeheimdienstes CIA operieren. Dieser unsichtbare Teil der Militärpräsenz soll weitere 1.000 Personen ausgemacht haben.

USA und NATO kündigen Ende des Afghanistan-Einsatzes an

Die NATO leitete nach der Rückzugsentscheidung der USA das Ende ihres Einsatzes in Afghanistan ein. Die Alliierten hätten entschlüsselt, dass der Abzug aus dem Land zu beginnen, hieß es nach einer Videokonferenz der Außen- und Verteidigungsminister der 30 Bündnismitglieder am 14. April 2021.

US-Präsident Joe Biden verkündete parallel dazu den Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan in einer Ansprache. Geplant war der Abzug bis zum 11. September – dem 20. Jahrestag der Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington – den Einsatz beenden.

Inmitten des im April/Mai 2021 angelaufenen Abzugs der NATO-Einheiten erhöhten die Taliban ihre Angriffe auf afghanische Sicherheitskräfte und Regierungseinrichtungen. Binnen 24 Stunden wurden mehr als 100 solche Attacken in 26 der 34 Provinzen des Landes verzeichnet. In der nördlichen Provinz Baghlan sei es den Aufständischen gelungen, nach stundenlangen Kämpfen mit afghanischen Einheiten den Bezirk Barka zu erobern. Die Taliban hätten dabei schwere Verluste erlitten, hieß es. Während die NATO-Einheiten bereits das Feld räumten, hatten die afghanischen Regierungstruppen Mitte Mai 2021 einen Bezirk der Hauptstadt Kabul komplett an die Taliban verloren.

Parallel dazu destabilisierten offensichtlich von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) verübte blutige Bombenanschläge an verschiedenen Orten das Land weiter.

Unterdessen erhob Russland schwere Vorwürfe gegenüber der NATO: Deren Abzug aus Afghanistan würde eine Destabilisierung des Mittleren Ostens auslösen, hieß es.[2]

Umfassende Taliban-Offensive

Während Mitte Juni 2021 vor allem die US-Streitkräfte ihren Abzug aus Afghanistan nach eigenen Angaben bereits zur Hälfte abgehten, forcierten die Taliban ihre Angriffswellen gegen die nun weitgehend auf sich allein gestellten afghanischen Sicherheitskräfte in den Provinzen. In der Hauptstadt Kabul tauschte der afghanische Präsident Aschraf Ghani Innen- und Verteidigungsminister aus und besetzte die Schlüsselpositionen im Sicherheitsbereich neu. Die Moral der afghanischen Soldaten war nach wie vor nicht sehr hoch, da unter der afghanischen Regierung mit den Soldzahlungen an die Einheiten säumig blieb. Die USA erwogen angesichts der desaströsen Situation einen verzögerten Rückzug, um den bedrängten afghanischen Regierung beizustehen. Die USA unterstützten außerdem die parallel dazu laufenden Friedensverhandlungen der afghanischen Regierung mit den Taliban. Verhandlungen stockten. Die Taliban zeigten zwar Interesse an weiteren Gesprächen. Allerdings sei die Einführung eines „echten Systems“ der einzige Weg, um den Krieg im Land zu beenden, so der stellvertretende Taliban-Chef Abdul Ghani Baradar. Mitte Juli 2021 hatten die Taliban von der zurückweichenden und wenig motivierten afghanischen Armee offenbar weite Teile erobert. Im August 2021 gingen die ersten Provinzhauptstädte an die Taliban verloren – darunter auch Kunduz im Norden des Landes. Die Taliban kontrollierten zu diesem Zeitpunkt mehr als die Hälfte der rund 400 Bezirke Afghanistans und auch mehrere Grenzübergänge. Die Kämpfe verlagerten sich zunehmend in die Hauptstädte der 34 Provinzen.

US-Reaktion „beschwichtigend“ bis „halbherzig“ - „Wir sind nicht nach Afghanistan gegangen, um eine Nation aufzubauen.“ (Joe Biden)

US-Präsident Joe Biden kündigte parallel dazu ein Ende des Afghanistan-Einsatzes am 31. August 2021 an. Der US-Präsident rät, dass die Taliban inzwischen so stark seien wie noch nie seit dem Sturz ihres Regimes Ende 2001. Eine Machtübernahme durch die Taliban sei „nicht unausweichlich“, sagte er. Biden verteidigte den Abzug erneut: „Wir sind nicht nach Afghanistan gegangen, um eine Nation aufzubauen.“

Doch diese jüngste Geschichteinschätzung Bidens entsprach nicht der Wahrheit: Tatsächlich galt die allermeiste Zeit des US-Einsatzes hinweg sehr wohl das Ziel, Afghanistan zu stabilisieren, die Demokratie aufzubauen und die Menschenrechte zu bewahren. Die Taliban wehrten sich auch gegen Vergleiche mit der US-Niederlage im Vietnam-Krieg. „Die Taliban sind nicht die nordvietnamesische Armee. Es ist ein 20-jähriger Krieg, der militärisch nicht gewonnen wurde“, so Bidens Sprecherin Jen Psaki.

Im Zeitraum Juni/Juli 2021 verloren die afghanischen Streitkräfte zunehmend Gebiete und ganze Provinzen durch eine durchgehende vernetzte Offensive der aufständischen Taliban. Einige Provinzhauptstädte waren eingekesselt; wichtige Straßen nach Kabul waren oft abgeriegelt. Während die Taliban-Führung versuchte, mit einem detaillierten Friedensplan für Afghanistan diplomatisch voranzutreiben, wurde zeitgleich offensichtlich erfolgreich die militärische Rückeroberung weiterer Landstriche lanciert.

Mittlerweile verhandelten auch lokale Politiker und Stammesführer eine Reihe von Kapitulationen der Regierungstruppen aus. Die Taliban ließen dann ganze Konvois gepanzerter Fahrzeuge, ihre Waffenbestände, darunter auch Artillerie und schwere Maschinengewehre, damit die Taliban ihren sicheren Abzug garantieren würden.[3]

Die Moral der afghanischen Sicherheitskräfte musste zudem nach dem Abzug des Westens als mehr oder weniger „desolat“ bezeichnet werden. Die Mangelnde Durchhaltewille und ungenügende Ausbildung der Soldaten führte dazu, dass etwa hunderte Regierungstruppen über die Grenze nach Tadschikistan flüchteten.

Die größte US-Basis, die Hauptmilitärbasis Bagram, wurde zuletzt ohne Vorankündigung von den Amerikanern geräumt. Pentagon-Sprecher John Kirby bestätigte, dass bewusst weder die afghanische Zentralregierung in Kabul noch das Militär vom genauen Zeitpunkt des Kenntrahns in Kenntnis gesetzt worden waren. „Ich kann nicht sagen, wie die Afghanen diese Entscheidung interpretiert haben, aber es war eine Entscheidung, die im besten Interesse der Sicherheit unserer Leute getroffen wurde.“ – Diese US-Vorgehensweise widerspiegelte das mangelnde Vertrauen Amerikas nach fast 20 Jahren des gemeinsamen Kampfes an der Seite der afghanischen Zentralregierung. Der neue „Schutzschirm“ für Afghanistan, also die Hilfe der US-Streitkräfte bzw. die US-Luftunterstützung für die afghanische Armee, fand nur noch aus der Entfernung statt – von mehreren Stunden entfernten US-Militärbasen in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, hieß es aus Washington.

Anfang Juli 2021 warnte der Kommandant der US- und NATO-Truppen in Afghanistan, US-General Austin S. Miller, dass ein neuer Bürgerkrieg am Hindukusch durchaus in Reichweite rücke. „Das sollte die ganze Welt beunruhigen“, so Miller. Damit heizte er Befürchtungen an, dass Afghanistan wieder zum „Terroristenmekka“ werden könnte. Neben der Befürchtung des Wiedererstarkens des islamistischen Terrornetzwerks al-Kaida gab und gibt es Experteneinschätzungen, dass ein Regimewechsel zu den Taliban in Afghanistan auch Nachbarstaaten destabilisieren könnte.

In ihrer Verzweiflung versuchte die afghanische Zentralregierung in Kabul erfolglos ethnische Milizen wiederaufleben zu lassen. Die Taliban erzielten allerdings eine Rückkehr zur chaotischen Zeit der zahlreichen Konflikte unter Warlords während der 1990er-Jahre.

Zudem war insbesondere die afghanische Luftwaffe von Service- und Wartungsdiensten diverser US-Rüstungsfirmen und jenen westlichen Staaten so gut wie abhängig – von Reparaturen über Ausbildung und Training bis zu anderen Tätigkeiten, um die Luft zu halten. Nun kehrten auch diese ausländischen Sicherheitsunternehmen mit dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan dem Land den Rücken – ein Vakuum, das die afghanische Armee in ihrem Kampf gegen die Taliban weiter behinderte.

NATO beendet Afghanistan-Militäreinsatz in Afghanistan

Die NATO beendete Mitte Juli 2021 nach Angaben westlicher Militärs ihren Militäreinsatz in Afghanistan nach knapp zwei Jahrzehnten. Der bisher blutigste Militäreinsatz des Bündnisses sei damit de facto Geschichte, hieß es. Allein die amerikanischen Streitkräfte verlor der Hindukusch mehr als 2.300 Soldaten. Der NATO-Einsatz auf dem Hindukusch hatte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den Wunsch der USA begonnen, um dem von Afghanistan ausgehenden Terrorismus ein Ende zu bereiten. – All dies ist nun zur Mache geworden.

Die USA, die EU und weitere Staaten riefen am 19. Juli 2021 die militant-islamistischen Taliban dazu auf, ihre Militäroffensive in Afghanistan einzustellen. In der veröffentlichten Erklärung der diplomatischen Vertretungen forderten die Unterzeichner ein rasches Ende des Vorrückens der Islamisten. Dieses stehe in direktem Widerspruch zu ihrer Behauptung, eine politische Lösung des Konflikts zu unterstützen. In von Taliban besetzten Bezirken berichteten Einwohner und Beobachter zudem von Versuchen, die Menschenrechte von Frauen und Mädchen zu unterdrücken und private und öffentliche Medienorganisationen zu schließen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und die Meinungsfreiheit einzuschränken.

Friedensgespräche zwischen den Islamisten und der afghanischen Zentralregierung in Kabul liefen seit September 2020, allerdings diese auf der Stelle, je mehr die Taliban in Afghanistan an Boden gewannen. Am 6. August 2021 erschossen die Taliban den Sprecher der afghanischen Regierung und des Präsidenten in seinem Auto. Einen Tag später eroberten die Islamisten die Stadt Sheberghan im Nordosten. Deren Machtsitz des umstrittenen ehemaligen Kriegsfürsten und Ex-Vizepräsidenten Abdul Rashid Dostum, einer führenden Anti-Taliban-

[3] Afghan Government Could Collapse Six Months After U.S. Withdrawal, New Intelligence Assessment Says. In: THE WALL STREET JOURNAL-Online v. 23.6.2021: https://www.wsj.com/articles/afghan-government-could-collapse-six-months-after-u-s-withdrawal-r-intelligence-assessment-says-11624466743?mod=searchresults_pos1&page=1

Weiterführende LINKS:

[Afghanistan: Kann die Türkei die Taliban bändigen? DEUTSCHE WELLE-Online v. 11.7.2021](#)

[Taliban capture key Afghanistan border crossings - BBC News](#)

[Afghanistan | bpb](#)

[Taliban strike key Afghan city as US speeds up withdrawal](#)

[Afghanische Regierungstruppen planen Gegenoffensive](#)

[Biden defends Afghanistan pullout as Taliban gains ground](#)

[Taliban claim 85 per cent control of Afghanistan, prompting exodus of refugees](#)

[China a 'welcome friend' for reconstruction in Afghanistan: Taliban spokesman](#)

[Afghanistan: Taliban Forcibly Displace Civilians](#)

[Biden defends pulling US out of Afghanistan as Taliban advances: 'We did not go to Afghanistan to nation-build'](#)

[Afghanistan To Rush Troops To Border As Taliban Extends Gains](#)

[As Taliban sweep across Afghanistan, India raises 'legitimacy aspect' with Russia](#)

[Taliban gains drive Afghan government to recruit militias](#)

[Taliban Claims It Controls 85% of Afghanistan as US Withdrawal Looms](#)

[The Taliban Are Winning the War of Words in Afghanistan](#)

[Warum die Taliban so schwer zu stoppen sind](#)

[US-Regierung spricht Afghanen Kampfbereitschaft ab – „Geld kann keinen Willen kaufen“](#)

[Der Westen überlässt das Land den Taliban](#)

[Mapping the advance of the Taliban in Afghanistan](#)

[Taliban sweep across Afghanistan's south, take 4 more cities](#)

[Taliban-Vormarsch in Afghanistan - Dieser Kampf ist verloren](#)

[Taliban encircles Kabul after taking Afghanistan's second city](#)

[PHOTOS: The Taliban flew a Black Hawk helicopter over a parade of military equipment captured when it overran Afghanistan](#)

[Afghanistan: Black Hawks and Humvees - military kit now with the Taliban](#)

[Taliban in Afghanistan gain control over abandoned US Black Hawk helicopters](#)

['Taliban now possess \\$85 bn worth of military equipment, including more Black Hawk choppers than 85% nations'](#)

[The Taliban have access to US military aircraft. Now what happens?](#)

[The military withdrawal from Afghanistan | Defense News Weekly Full Episode](#)

[White House says a 'fair amount' of US military equipment provided to Afghans is now in Taliban hands](#)

DIE LAGE IN AFGHANISTAN

Update Anfang Mai 2020

Der US-Sondergesandte Zalmay Khalilzad versuchte seit 2018 in einer Reihe von Gesprächsrunden mit den Taliban, ein Abkommen Islamisten auszuverhandeln, das nach 18 Jahren Militärpräsenz den Abzug der alliierten Truppen einleiten soll. Zwar willigte Trump zunächst in eine geringfügige Verstärkung der Militärpräsenz am Hindukusch ein. Aber im Dezember 2018 seiner Geduld bezüglich des Afghanistan-Einsatzes der USA endgültig am Ende: Erst nach langem Zureden seiner Berater und Protest erfolgte Rücktritt seines Verteidigungsministers James Mattis verzichtete er darauf, einen Totalabzug innerhalb weniger die Wege zu leiten.

Doch mit einem von US-Präsident Donald Trump favorisierten Abzug der US-Truppen aus Afghanistan wird der Krieg am Hindukush enden. Im Kern wäre das Ergebnis ein „Friedensabkommen ohne Frieden“. Ein Abkommen mit den Taliban noch vor den nächsten Präsidentschaftswahlen 2020 wäre für Trump höchst willkommen.

Die Weltmacht USA würde damit kein einziges ihrer ursprünglich gefassten Ziele in Afghanistan erreichen, meinen Kritiker. Weder verpflichten sich die Taliban in dem Vertragsentwurf, ihre Waffen niederzulegen, noch anerkennen sie die nach 2001 geschaffene Staatsordnung, die regelmäßige Wahlen und weitreichende Frauenrechte vorsieht. Die einzige bedeutsame Konzession, die die zumindest auf dem Papier machten, ist die Zusicherung, in ihrem Machtbereich keine neuen Terroristenorganisationen zu dulden der US-Invasion in Afghanistan beteuerte das damals herrschende Taliban-Regime in Kabul, dass man die Extremisten des Terror Al-Kaida mit ihrem Chef Osama bin Laden nicht im Lande beherbergen würde. Das war offensichtlich eine Lüge. Wie weit den heutigen Taliban-Verhandlungsriege Glauben geschenkt werden dürfte, bleibt jedenfalls abzuwarten.

Die aufständischen Taliban haben zudem beteuert, dass sie sich mit der angeblichen „Marionettenregierung“ in Kabul nicht an ein setzen wollen. Bereits haben ihre Unterhändler den USA die Zusage abgerungen, in einem ersten Schritt 5.000 von 14.000 Soldaten abzuziehen und fünf Militärstützpunkte zu schließen. Je weiter der Abzug voranschreitet – parallel dazu würden auch die NATO-Kontingente vermindern –, desto mehr würde den Taliban die Gelegenheit geboten, ihre Macht auf das ganze Land auszuweiten. Ende wieder in der afghanischen Hauptstadt Kabul herrschen zu können.

Es scheint angesichts der Ereignisse nicht so zu sein, als würde angesichts der fortgesetzten Kampfhandlungen und strategischen Winkelzüge der Taliban Afghanistan einen echten Weg zu Frieden und Stabilität beschreiten.

Kurz vor einem erwarteten Abkommen zwischen den USA und den Taliban sagte US-Präsident Trump zwischenzeitlich weitere Friedensverhandlungen überraschend ab. Als Grund nannte er einen zuvor verübten tödlichen Anschlag der Taliban, unter anderem Kräfte in Kabul.

Die NATO stellte parallel dazu ihre Planungen für einen Abbau ihrer in Afghanistan stationierten Einheiten zurück.

Dennoch nährte US-Präsident Trump Hoffnungen, dass die Taliban schließlich doch zu einem Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen bereit sein könnten.

Anfang Dezember 2019 wurde bekannt, dass die Gespräche zwischen den USA und den Taliban offiziell wieder aufgenommen worden seien. Ende Februar 2020 wurde schließlich doch eine Einigung mit den Taliban erzielt.

Die weiteren Deeskalationsschritte insbesondere mit der afghanischen Zentralregierung und den Taliban verlaufen im Berichtswesen als holprig. Sie sind von gegenseitigem Misstrauen und auch Gewalt geprägt. Ein echter Frieden scheint in Afghanistan noch in weite Ferne zu liegen.

In Afghanistan dominiert die Gewalt im Lande weiter - ungeachtet der Bemühungen zur politischen Befriedung des langjährigen Krieges. Juli 2018 führte die US-Administration von Präsident Donald Trump direkte Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Taliban. Davon vor allem um Truppenabzüge sowie um die Forderung der USA nach Garantien, dass von Afghanistan aus keine Terroranschläge geplant würden. Einen Waffenstillstand lehnten die Taliban ab. Sie gingen davon aus, dass militärische territoriale Gewinne ihre Verhandlungsposition deutlich stärken dürften. Bei Überfällen auf Kontrollposten der afghanischen Sicherheitskräfte in diversen afghanischen Provinzen durch die Taliban kamen neben diversen Bombenanschlägen auf Regierungseinrichtungen im Laufe des Jahres 2019 in viele Menschen ums Leben. Die Kräfte der afghanischen Zentralregierung und die US-Verbündeten arbeiteten hart daran, die Positionen gegenüber vorrückenden Aufständischen zu halten.

Die USA und die radikalislamischen Taliban beendeten am 12. August 2019 ihre jüngste Gesprächsrunde über Wege zum Frieden in Afghanistan im Golfemirat Katar. Die Gespräche seien „lang und nützlich“ gewesen, hieß es. Bei den Gesprächen ging es vor allem um Truppenabzüge und Garantien der Taliban, dass Afghanistan nicht zu einem sicheren Hafen für Terroristen werde. Die Gespräche zuzumündeten in offizielle Friedensgespräche zwischen der Regierung in Kabul und den Taliban münden. Die Islamisten hatten es bisher mit der Regierung zu sprechen, die sie als „Marionette“ des Westens betrachteten.

Unterdessen eröffneten die Taliban eine neue Offensive in Afghanistan, um ihre Verhandlungsposition vor allem gegenüber den USA zu stärken. Einen Tag nach ihrem Überfall auf die nordafghanische Stadt Kundus griffen ihre Kämpfer am 1. September die Provinz Paktia an.

Kurz vor einem erwarteten Abkommen zwischen den USA und den Taliban sagte der US-Präsident schließlich weitere Friedensverhandlungen ab. Ein weiteres geplantes Geheimgespräch mit den Taliban würde nicht stattfinden, so Trump. Als Grund nannte er einen Anschlag in Kabul, bei dem unter anderem ein US-Soldat getötet wurde.

„Im Verlauf der vergangenen vier Tage haben wir unseren Feind härter getroffen als jemals zuvor in den vergangenen zehn Jahren“, sagte Trump auf [Twitter](#) über die Operationen in Afghanistan. US-Außenminister Mike Pompeo hatte zuvor am 8. September bekannt gegeben, dass allein in den vorherigen zehn Tagen „mehr als tausend Taliban“ getötet worden seien.

Die Taliban reagierten gelassen und kündigten an, den bewaffneten Kampf gegen die Besatzer unerbittlich weiterzuführen. Allerdings ließen sie auch die Tür zu neuen Friedensverhandlungen mit den Amerikanern offen. Die afghanische Regierung in Kabul um Präsident Ashraf Ghani war hingegen erleichtert, dass die Friedensbemühungen Washingtons mit den Islamisten ganz auf Eis gelegt wurden.

Die NATO beendete angesichts der jüngsten Ereignisse ihre Planungen zum Truppenabbau in Afghanistan.

Bei einem überraschenden **US-Truppenbesuch in Afghanistan zu Thanksgiving** gab sich US-Präsident Trump zuversichtlich, dass eine Verständigung mit den aufständischen Taliban zustandekommen könnte. „Die Taliban wollen einen Deal machen. Und wir treiben sie dazu“, sagte Trump am 28. November 2019. „Wir sprechen mit den Taliban“, sagte Trump im Beisein seines afghanischen Kollegen Ashraf Ghani. Die Bedingung für eine Verständigung sei eine Waffenruhe. Er glaube, dass die Taliban mittlerweile auch eine Waffenruhe wollten, so Anfang Dezember bestätigten auch die Taliban, dass der Dialog mit Washington im Hinblick auf eine Friedenslösung offiziell wieder aufgenommen worden sei.

„Nicht alles Gold, was glänzt“

Im Dezember 2019 machte die „Washington Post“ geheime Dokumente diverser US-Regierungsstellen publik, deren Veröffentlichung zuvor vor Gericht erstritten hatte. Die Dokumente, die auf Interviews mit rund 400 ranghohen Beamten, Botschaftern und Militärangehörigen der Vereinigten Staaten basieren, belegten offenbar, dass das Weiße Haus und die Streitkräfte zur Rechtfertigung kostspieligen und blutigen Kriegen in Afghanistan kritische und negative Berichte über die Lage in Afghanistan jahrelang zurückgehalten. Die Dokumente stammen von einer Behörde, die 2008 vom US-Kongress ins Leben gerufen worden war, um die seit 2001 andauernde Militärpräsenz der USA in Afghanistan und die seither erzielten Fortschritte zu prüfen. Eine genauere Überprüfung der Angaben geht allerdings als schwierig.

Im Berichtszeitraum kam es immer wieder zu Attacken und Anschlägen der Taliban auf die afghanischen Sicherheitskräfte.

„Weniger Gewalt“ vereinbart

Die zwischen den USA und den islamistischen Taliban schließlich doch vereinbarte Verringerung der Gewalt in Afghanistan begann im Februar 2020. Das sagte der afghanische Präsident Ashraf Ghani in einer live übertragenen Fernsehansprache. US-Außenminister Pompeo hatte zuvor erklärt, die USA hätten sich mit den Taliban „nach Jahrzehnten des Konflikts“ auf eine signifikante Reduzierung geeinigt.

Ghani gab weiters bekannt, dass die afghanischen Sicherheitskräfte ihre Operationen gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und andere Terrorgruppen weiterführen würden, aber nicht gegen die aufständischen Taliban.

Sollte eine Woche lang wirklich weniger Gewalt herrschen, dann wollen die USA und die Taliban ein Abkommen unterzeichnen. Darin soll ein Zeitplan für den Abzug von US-Truppen sowie Garantien der Taliban beinhalten, dass Afghanistan kein Rückzugsort für Terroristen wird. Das Abkommen soll zugleich innerafghanische Verhandlungen, die eigentlichen Friedensgespräche, einleiten. Dabei würde es die Neuverteilung der politischen Macht in dem Konfliktland gehen.

Einigung zwischen den USA und Taliban

Mehr als 18 Jahre nach dem US-Einmarsch in Afghanistan unterzeichneten die USA und die Taliban in Doha/Katar Ende Februar 2020 ein Abkommen. Die Einigung zwischen den USA und den Taliban soll einen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan einleiten. Im Gegenzug sollen die Taliban Garantien geben und Friedensgespräche mit der Regierung in Kabul aufnehmen.

Trotz der Vereinbarung hatten die Aufständischen in der Nacht auf den 4. März 2020 Posten der afghanischen Armee und Polizei und dabei mindestens 20 Mitglieder der Sicherheitskräfte getötet. Die US-Streitkräfte lancierten daraufhin einen Luftangriff auf die Taliban-Kämpfer.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte vor diesem Hintergrund die radikalislamischen Taliban, dass der Abzug westlicher Truppen aus dem Land von einer deutlichen Reduzierung der Gewalt abhängen werde. „Wir können unseren Teil des Deals nur erfüllen, wenn die Taliban ihren Teil des Deals erfüllen“, so Stoltenberg.[1]

Die US-Streitkräfte starteten am 9. März 2020 gemäß dem USA-Taliban-Abkommen dennoch ihren schrittweisen Abzug aus Afghanistan. Innerhalb der nächsten 135 Tage wolle man die Truppenstärke auf 8.600 Mann reduzieren, teilte ein Sprecher der amerikanischen Streitkräfte mit. Die USA hatten im Berichtszeitraum zwischen 12.000 und 13.000 Soldaten in Afghanistan stationiert.

Die US-Streitkräfte seien weiterhin in der Lage, ihre Anti-Terror-Missionen gegen Al-Kaida oder die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) fortzuführen, hieß es. Außerdem wolle man weiterhin die afghanischen Sicherheitskräfte unterstützen.

Gleichzeitig kündigte der afghanische Präsident Ashraf Ghani die Freilassung von 5.000 Taliban-Kämpfern an. Ghanis Regierung, die in den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen war, sträubte sich anfänglich gegen den Gefangenenaustausch. Schließlich stimmte man ein Deal zu, sofern sich die freigelassenen Taliban auch dazu verpflichteten, nicht wieder zu den Waffen zu greifen.

Inmitten der harten Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch mit den Taliban kündigte die afghanische Regierung am 8. März an, hundert Kämpfer der radikalislamischen Miliz aus der Haft zu entlassen. Zuvor hatten die Taliban mit einem Rückzug aus den Verhandlungen über den Gefangenenaustausch gedroht.

Dennoch kam es im Berichtszeitraum immer wieder zu Gefechten zwischen angreifenden Taliban und afghanischen Sicherheitskräften. Der Weg zu einem wirklichen Frieden im Lande scheint noch lange zu sein.

Abgeschlossen: An

Anmerkungen:

[1] „Nato will Truppen nur aus Afghanistan abziehen, wenn Gewalt endet“. In: DER SPIEGEL-Online v. 5.3.2020

Weiterführende LINKS:

[Afghanistan | NATO PA](#)

ARTE-Dokumentation v. 7.4.2020: „Afghanistan - Das verwundete Land - Die NATO-Truppen“ (4/4)

„Die Bilanz des NATO-Einsatzes in Afghanistan ist ebenso verheerend wie die Folgen des Rückzugs“.

In: Internationale Politik und Gesellschaft-Online v. 25.3.2020

[Der Einsatz in Afghanistan - Bundeswehr](#)

[Afghan conflict: US and Taliban sign deal to end 18-year war](#). In: BBC News-Online v. 29.2.2020

[The US-Taliban peace deal: A road to nowhere](#)

„Taliban and U.S. Strike Deal to Withdraw American Troops From Afghanistan“. In: THE NEW YORK TIMES-Online v. 29.2.2020

[U.S.-Taliban Peace Deal Under Threat From Renewed Violence](#)

[U.S.-Taliban Peace Deal: What to Know](#)

[Is Peace Possible? Many Key Issues Missing From U.S.-Taliban Deal For Afghanistan](#)

Die USA unter Präsident Trump in Afghanistan im Vormarsch (2017/2018)

Im April 2017 hatten die Amerikaner mit dem propagandistisch inszenierten Abwurf einer Megabombe gegen mutmaßliche Stützpunkte islamistischer Extremisten in Afghanistan aufgezeigt. Danach intensivierten die US-Streitkräfte ihre Angriffe mit Flugzeugen und ferngesteuerten Drohnen. 2017 wurden mehr Bomben abgeworfen als in all den Jahren seit 2012. Im Visier standen und stehen die Taliban. Die Terrormiliz „Islamische Staat“ (IS) und das islamistische Haqqani-Netzwerk. 2017 betrug die Zahl der US-Truppen in Afghanistan nach offizieller Lesart noch 8400, künftig soll sie 14 000 Mann erreichen. Hinzu kommen nach Angaben aus dem Pentagon 26.000 Vertragsnehmer (contractors) des amerikanischen Verteidigungsministeriums, die zum Teil ebenfalls bewaffnet sind. US-Präsident Trump hat zudem angekündigt, von nun an gar keine Truppenzahlen mehr der Presse zu nennen.

Der Auftrag der US-Streitkräfte – und der übrigen ausländischen – bleibt grundsätzlich unverändert: „Ausbilden, beraten, unterstützen. Die Ausbildung der afghanischen Soldaten soll künftig durch 6000 amerikanische Instrukteure erfolgen. Das sind in der Regel Freiwillige, die über ausgedehnte Kampferfahrung verfügen und speziell für diese Aufgabe geschult sind. Die US-Instrukteure wurden im März 2017 in Afghanistan verlegt, um die afghanischen Sicherheitskräfte gegen die im Frühling beginnende Offensive der Taliban zu unterstützen. Militärberater sollen nun zwar näher an die Front rücken, Kampfeinsätze überlässt man offiziell aber weiterhin der afghanischen Armee. Der Kampfwert der afghanischen Streitkräfte wird als eher gering eingeschätzt. Der gegenwärtige Bestand der afghanischen Armee liegt bei 320.000 Mann. Viele afghanische Soldaten sind Analphabeten. Hinzu kommt die weiterhin grassierende Korruption: Beförderungen gibt es gegen Geld, Waffen werden an die Aufständischen verkauft.

Eine positive Ausnahme stellen die afghanischen Kommandotruppen dar. Sie gelten als gut ausgebildet und sind auch gut ausgerüstet. Außerdem verfügen sie über Helikopter. Damit sind sie überall im Land einsetzbar. Allerdings werden sie zu stark in Anspruch genommen. Viele Aufgaben, die eigentlich die anderen Truppen erledigen sollten. Die Eliteneinheiten sollen verstärkt werden und 100 Black-Hawk-Helikopter aus amerikanischen Beständen erhalten. Aber die Rekrutierung ist schwierig, und die Ausbildung braucht Zeit.

Das neue Engagement der US-Streitkräfte in Afghanistan soll ein drohendes Scheitern abwenden. Der US-Kommandant in Afghanistan General [John Nicholson](#), sagte mit unterschwelliger Kritik gegenüber dem früheren US-Präsidenten Barack Obama, man habe zu viele Truppen abgezogen. Über weite Strecken auf sich allein gestellt, waren die afghanischen Sicherheitskräfte offenkundig nicht in der Lage, das Vorstoßen der Aufständischen an vielen Fronten gleichzeitig zu verhindern.

Jüngst kam eine [Studie](#) des britischen Senders BBC zudem zum Schluss, dass nur noch ein Drittel des afghanischen Territoriums unter der Kontrolle der Regierung ist. Der [Quarterly Report to the United States Congress vom 30.1.2018](#) auf, dass 57 Prozent der Distrikte mit zwei Dritteln der Bevölkerung unter Regierungskontrolle waren. 10 Prozent der Distrikte wurden von den Taliban kontrolliert. 33 Prozent wären demnach umstritten.

2017 forderten die Kämpfe im Land [UNO-Angaben](#) zufolge rund 10.453 Tote und Verletzte in der Zivilbevölkerung. Vor allem auf Seiten der afghanischen Zentralregierung wird befürchtet, dass mit den verstärkten Luftangriffen die Opferzahlen noch weiter zunehmen und der Hass der Zivilbevölkerung auf die fremden „Besitzer“ noch weiter geschürt würde, was wiederum den Islamisten in die Hände spielt.

Auch große Städte waren in letzter Zeit nicht mehr sicher. Die Aufständischen konnten zwar bisher keine Stadt auf Dauer einnehmen, aber mit spektakulären Angriffen und Anschlägen doch immer wieder propagandistische Erfolge.

Für Trump hatte Afghanistan in den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt keine Priorität. Das änderte sich bald. Bei seiner [Rede vor dem Kongress](#) bekräftigte Trump im August 2017, die USA hätten ab jetzt wieder vermehrt „boots on the ground“ in Afghanistan – auch unter erhöhtem Risiko. Allerdings ist ein neuer „Surge“ mit der Entsendung von über hunderttausend Soldaten wie unter Obama 2010 kaum angedacht. Eine flächendeckende Kontrolle über das afghanische Territorium durch die US-Truppen wird ebenso nicht angestrebt. Man hat mittlerweile doch verstanden, dass die afghanischen Sicherheitskräfte mehr Unterstützung brauchen, als ihnen bisher gewährt wurde. Die Regierung in Kabul überleben soll.

Ein zentrales Ziel der neu nach Afghanistan verlegten [Erdkampfflugzeuge A-10](#) ist die [Zerstörung der Drogenlabors der Aufständischen](#). Natürlich die Bekämpfung feindlicher Stellungen insbesondere im Süden des Landes. Auch strategische Bomber B-52 und Stealth 22 werden dafür eingesetzt. Die US-Planer sprechen von einer „strategischen Luftkampagne“ und von „counter-finance operations“. Im September 2018 wurden auch Tarnkappenkampfflugzeuge [F-35B „Lightning II“](#) vom amphibischen Sturmschiff „[USS Essex](#)“, das im Perimeter operiert, losgeschickt um Bodenziele in Afghanistan anzugreifen. Das US-Marine Corps veröffentlichte [Videoaufnahmen](#) von der Landung während eines Starts und einer Landung jener F-35-Variante, die auf einer sehr kurzen Piste starten sowie senkrecht landen und schweben kann (F-35B). Die US-Marines erhöhen mit diesem Kampfflugzeug ihre Schlagkraft enorm.

Trump hatte 2017 seine neue, aggressivere Strategie für Afghanistan vorgestellt. Nach jahrelanger Verminderung der dort stationierten Soldaten wurden die Truppen auf derzeit rund 14.000 Mann aufgestockt. Vor allem sollen auch die Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte verbessert werden. Seither sind die US-Luftangriffe sowie die Kampfeinsätze der US-Spezialkräfte signifikant erhöht.

Auch wenn die Taliban im Februar 2018 ein neues Friedensabkommen mit der afghanischen Zentralregierung in Kabul ablehnten, gegebenefalls durchaus zu einer politischen Übereinkunft mit gemäßigten Teilen der Taliban-Bewegung bereit. Direkte Verhandlungen schloss er bislang aus.

Jedenfalls befinden sich die Taliban trotz allem US-Engagements im Lande im Verlauf des Jahres 2018 wieder erheblich auf dem Vormarsch verbunden mit einer Reihe spektakulärer Anschläge. US-Verteidigungsminister James Mattis reiste jüngst im September 2018 nach Afghanistan, um sich ein Lagebild zu machen. Ohne signifikante US-Militärunterstützung scheinen die afghanischen Streitkräfte jedenfalls weiterhin in einer prekären Lage zu sein, das Land am Hindukusch einigermaßen zu stabilisieren.

Anmerkungen:

Joanna Wright, „Capital Offensive“. In: Jane's Intelligence Review 4/2018, S. 26-29.

David H. Ucko, „Learning Difficulties: The US Way of Irregular Warfare“. In: S+F – Sicherheit und Frieden 1/2018, S. 21-26.

Chad Brooks / Craig Trebilcock, „Fighting for Legitimacy in Afghanistan – The Creation of the Anti-Corruption Justice Center“. In: F S. 108-117.

Andrew Fraser, „Martyrdom's Children: The Tragedy of Child Suicide Bombers in Afghanistan“. In: Canadian Military Journal 3/201

H. R. McMaster, „Learning from Contemporary Conflicts to prepare for Future War“. In: Orbis 2/2017, S. 303-321.

Alex Barnes, „Security Stalemate“. In: Jane's Intelligence Review 5/2017, S. 24-27.

Antonio Giustozzi, „Taliban and Islamic State: Enemies or Brothers in Jihad?“. In: CRPA Center for Research & Policy Analysis-Or 14.12.2017: <https://www.crpaweb.org/single-post/2017/12/15/Enemies-or-Jihad-Brothers-Relations-Between-Taliban-and-Islamic->

Antonio Giustozzi, „The Military Cohesion of the Taliban“. In: In: CRPA Center for Research & Policy Analysis-Online v. 14.7.2017: <https://www.crpaweb.org/single-post/2017/07/10/The-Military-Cohesion-of-the-Taliban>

Antonio Giustozzi, „Passive Aggressive: Jihadists compete along Af-Pak Border“. In: Jane's Intelligence Review 11/2016, S. 18-21
Weiterführende LINKS:

[New air campaign in Afghanistan is test for Trump strategy in America's longest war](#)

[Quo vadis Afghanistan? - Ein neues "Great Game" am Hindukusch?](#)